

Protokoll der Tagung des Fachbereiches Erziehungshilfe

Termin: 14.10.2014, 10.30 Uhr bis 15.00 Uhr
Ort: Freizeithaus Vahrenwald, Vahrenwalder Strasse 92, 30165 Hannover
Teilnehmer/innen: siehe Teilnehmerliste

TOP 1: Begrüßung

Frau Wagner begrüßt alle Anwesenden zur heutigen Fachbereichsversammlung des Fachbereichs Erziehungshilfe. Sie informiert die Anwesenden über die Entwicklungen im Vorstand des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes Niedersachsen e.V. und weist auf das Rundschreiben des Verbandsrates hin.

TOP 2: Einführung in die Tagesordnung

Frau Wagner führt kurz in die Tagesordnung ein. Anmerkungen oder Ergänzungen zur Tagesordnung gibt es nicht.

TOP 3: Geschlossene Unterbringung in Lohne – Praxisbericht und konzeptionelle Entwicklungen

Frau Wagner begrüßt Herrn Schwarze, Leiter der geschlossenen Gruppe in Lohne des Caritas-Sozialwerks.

Herr Schwarze berichtet von den Entwicklungen zur Entstehung der Einrichtung vor ca. 5 Jahren, der konzeptionellen Ausrichtung und den Zukunftsplänen, auch vor dem Hintergrund politischer Richtungswechsel.

Die Einrichtung betreut schwer traumatisierte Jungen im Alter von 10-14 Jahren. Es handelt sich um eine Zielgruppe, die im offenen Gruppenkontext nicht tragbar, jedoch im Einzelkontakt erreichbar ist. Die Kinder und Jugendlichen werden mittels richterlichem Beschluss gem. § 1631b BGB untergebracht und durchlaufen verschiedene Phasen. Die Beschulung findet intern durch zusätzliches Personal statt. Die wichtigsten Methoden im Betreuungs- und Erziehungskontext sind der Beziehungsaufbau, ein durchstrukturierter Alltag und eine verhaltenstherapeutische Ausrichtung. Grundgedanke der geschlossenen Unterbringung ist ein vorhandenes Freiheitsbedürfnis als Motivator.

Künftig soll als Resultat vieler Gespräche mit der Politik die Mauer durch Fenster und Begrünung umgestaltet und die Einrichtung um eine offene Gruppe erweitert werden. Außerdem soll im Rahmen der Hilfeplangespräche einmal im Quartal besprochen werden, ob die geschlossene Unterbringung mittels richterlichem Beschluss weiterhin notwendig und geeignet ist.

Herr Schwarze spricht von einem erschreckenden Ausmaß an Hilflosigkeit bei den anfragenden Jugendämtern bei der Unterbringung dieser jungen Menschen. (siehe Anlage).

TOP 4: Aktuelles aus dem Beirat zum Niedersächsischen Rahmenvertrag nach § 78f SGB VIII

Sachstand zu den Arbeitsgruppen:

Frau Wagner teilt mit, dass die Arbeitsgruppe Qualitätsentwicklung weiterhin an Vorlagen für eine Qualitätsentwicklungsvereinbarung auf der Grundlage von Qualitätsdialogen arbeitet.

Die Arbeitsgruppe zum Leistungs- und Entgeltvergleich hatte festgestellt, dass aufgrund der Vielfalt an Angeboten eine Vergleichbarkeit schwierig ist. Es sollte mehr Wert auf Plausibilität bei bspw.

Personalkosten und eine transparente Verhandlungsführung gelegt werden. In der letzten Beiratssitzung im Mai 2014 führte dieses Ergebnis zu heftigen Diskussionen und mündete in eine Erneuerung des ursprünglichen Auftrags, Kriterien für einen Leistungs- und Entgeltvergleich auszuarbeiten.

Sachstand der Verhandlungen zur Pauschale für Sonderaufwendungen im Einzelfall:

Frau Wagner berichtet über die Einigung der Vertragsparteien zum Inhalt der Pauschale bei gleichbleibender Höhe. Zwei Familienheimfahrten monatlich im Großraum-Nahverkehr, sowie Berufsbekleidung ohne Werkzeuge sind künftig aus der Pauschale zu finanzieren. Der Posten Sonstiges bleibt bestehen. Diesbezüglich kündigt Frau Wagner eine Abfrage bei den Mitgliedsorganisationen an, welche Leistungen unter diesen Posten gefasst werden. Die entsprechenden Anlagen des Rahmenvertrages wurden im Wortlaut geändert bzw. ergänzt und befinden sich derzeit im Unterschriftenverfahren.

TOP 5: AG „Ambulante HZE“

Frau Wagner stellte die Ergebnisse der letzten Sitzung der Arbeitsgruppe mittels einer Zusammenfassung kurz vor (siehe Anlage). Von Seiten des Fachbereichs wird um mehr Transparenz und die Zusendung von Unterlagen zur Vorbereitung im Vorfeld gebeten.

Frau Wagner informiert die Anwesenden darüber, dass sich die öffentlichen Träger, nach Mitteilung des Niedersächsischen Landkreistages, in einem Beratungsprozess zu einer Rahmenvereinbarung/Richtlinie im Bereich der ambulanten Hilfen zur Erziehung befinden. Über die Inhalte ist bislang nichts bekannt.

Aus Sicht von Frau Eckhardt, stellvertretende Vorsitzende, gibt es zwei Möglichkeiten: Zum einen die Erarbeitung von „paritätischen Mindeststandards“; zum anderen eine Einigung im Rahmen der LAG FW für eine gemeinsame Rahmenvereinbarung. Insgesamt ist davon auszugehen, dass aktives Handeln besser ist, als reaktives Handeln.

Frau Eckhardt erläutert auf Nachfrage, dass die Erfahrungen mit den Verhandlungen zum stationären Rahmenvertrag zum damaligen Zeitpunkt zu der innerverbandlichen Auffassung geführt haben, nicht noch das zweite Fass eines Rahmenvertrages für den ambulanten Bereich aufzumachen, bevor das andere abgeschlossen ist.

Wortmeldungen:

- Praxis im Weser-Ems-Bereich seien 45 min face-to-face, 15 min alle anderen Zeiten und 10% der Personalkosten als Sachkosten kalkulierbar.
- Aktiv werden, auch wenn einige Träger derzeit höhere Standards haben. Das System wird durch stetig steigende Verpflichtungen und Dokumentation immer mehr an die Grenzen geführt. Von Seiten der Jugendämter ist Sicherheit gewollt, wird aber nicht bezahlt. Es bedarf mehr Kraft in den Verhandlungen mit den Jugendämtern.
- Es herrscht ein starker ökonomischer Druck. Standardabsenkungen sind zu befürchten. Bislang ist aus Hannover und der Region nicht bekannt, dass eine Rahmenvereinbarung erarbeitet wird.
- Die Jugendämter sind gut vernetzt. Auch in rahmenvertragsloser Zeit hatten alle Jugendämter Handreichungen. Sich dem zu entziehen ist ohne eine eigeninitiativ aufgemachte Diskussion schwierig.
- Die Diskussion ist „aus dem hohlen Bauch“, ohne Tischvorlage, schlecht vorbereitet.
- Die Jugendämter sind unter Druck (IBN, Landesrechnungshof), sollen mit günstigeren Trägern zusammen arbeiten. Dies ist ein Grund mehr, in eine Qualitätsdiskussion einzusteigen.
- Bislang sind wir von einer Loyalitätsdiskussion ausgegangen, in der es darum ging, Träger zu unterstützen, ihre Leistungen besser zu verhandeln. Durch die neuen Entwicklungen ist das Thema flächendeckender. Was wäre ein guter Standard? Man sollte schon einmal mit den anderen Verbänden ins Gespräch gehen.
- Die andere Seite sollte aufgefordert werden, uns zu beteiligen. Es gibt in Niedersachsen ein sehr buntes Spektrum an Fachleistungsstunden. Was diskutiert der Landkreistag denn genau? Es fehlt Transparenz.
- Die Jugendamtsleitung im LK Friesland sieht den Wert der Fachleistungsstunde bei € 36,50. Dies lässt bereits auf den Wunsch nach Standards zur Kostensenkung schließen. Da es in

Niedersachsen große regionale Unterschiede gibt, kann eine Kostendiskussion nicht geführt werden. Die Diskussion sollte sich auf Standards und Qualität beziehen.

- Vor Ort im LK gibt es keinen Trägerverbund mehr. Der letzte Träger im ambulanten Bereich ist infolge des „Preisdumping“ insolvent. Nun sind auch wir nach 32 Jahren im Überlebenskampf angekommen.
- Die Entgeltmodelle (Brutto-/Netto-FLS) sind unübersichtlich. Es werden Verluste eingefahren und es wurde bereits überlegt, „dicht zu machen“. Der Einstieg in die Diskussion ist wünschenswert.
- Die Preisunterschiede sind erschreckend. Was käme bei einem Rahmenvertrag raus? Können freie Träger tatsächlich genug Kraft entwickeln? Was ist, wenn Dumpinganbieter zunehmen?
- Es besteht Skepsis bzgl. einer Rahmenvereinbarung; der Verband sollte aber Standards als Handreichung für die Verhandlungen vorgeben.
- Aufgrund der unterschiedlichen Berechnungsmodelle ist eine spannende Diskussion zu erwarten.
- Erläuterung der grundsätzlichen Möglichkeiten ambulanter Hilfen im Sinne einer Präambel. Einstieg in die Qualitätsdebatte.
- Dank an die AG ambulante HzE. Das Papier sollte dort weiter entwickelt werden.
- Der Auftrag an die AG war mit der Zeit verschwommen. Ursprünglich sollte ein Orientierungsrahmen erarbeitet werden.
- Die Jugendämter suchen ihre Wege bei der Kostenreduzierung, bspw. durch Laufzeitbegrenzung bei ambulanten Hilfen, Stundenreduzierung, Budgetierung, etc.

Fazit:

Ein Landesrahmenvertrag ist zum jetzigen Zeitpunkt vielleicht noch etwas zu weit gefasst. Es soll parallel verfahren werden:

1. Die Ergebnisse der AG werden mit dem Protokoll an die Mitgliedsorganisationen im Fachbereich Erziehungshilfe versandt. Die Mitgliedsorganisationen sind aufgefordert, Anmerkungen und Ergänzungen zu den Inhalten zurückzumelden.
2. Der Sachverhalt wird über Frau Wagner in den Fachausschuss Jugendhilfe der LAG FW transportiert. Das durch die AG erstellte Papier kann dort als Beratungsbasis dienen.

TOP 6: Sachstand zur Wiedereinrichtung des Landesjugendhilfeausschusses

Frau Wagner informiert über den Sachstand zum Gesetzgebungsverfahren des AG SGB VIII. Mit einer Verabschiedung ist nach Angaben des Sozialministeriums, Frau Gentsch, im November oder Dezember zu rechnen. Von einer Arbeitsaufnahme könne nach Benennung der Mitglieder im Frühjahr 2015 ausgegangen werden.

TOP 7: Schulsozialarbeit

- **Sachstand zum Thema**
- **Bericht von der Fachtagung vom 10.09.2014**

Frau Wagner berichtet über die positive Resonanz zur Fachtagung Schulsozialarbeit am 10.09.2014. Zur Veranstaltung waren u. a. ein Vertreter des Kultusministeriums, ein Vertreter des Nds. Städtetags und Vertreter der Fraktionen anwesend. Die Vorträge sind auf der Internetpräsenz des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes Niedersachsen e.V. unter Fachbereich Erziehungshilfe in der Infothek eingestellt.

Noch im Oktober wird ein Gespräch mit den bildungspolitischen Sprechern der SPD-Fraktion zur anstehenden Schulgesetznovelle stattfinden. Im November folgt ein Gespräch mit der Kultusministerin, Frau Heiligenstadt.

Anmerkungen aus dem Fachbereich:

- Was ist mit den Grundschulen im Bereich Schulsozialarbeit? Bislang fand dort eine Finanzierung über das BUT statt.
- Die Finanzierung der Niko-Projekte fand über das Sozialministerium statt.
- Schulsozialarbeiter nehmen zu wenig Einfluss.

- Thematisierung ggf. auf der Ebene der LAG FW

TOP 8: Themen die bewegen

- Die Fachtagung Partizipationsanforderungen in ambulanten Hilfen zur Erziehung vom 08.10.14 musste aufgrund zu geringer Teilnehmerzahl abgesagt werden. Als Gründe geben einzelne Teilnehmer die derzeit hohe terminliche Auslastung oder die Befassung mit momentan anderen Themen an. Weniger spiele der Zeitrahmen eine Rolle. Eine Ganztagsveranstaltung lohne sich bei weiter Anreise mehr als eine Halbtagesveranstaltung. Es ist durchaus gewünscht, das Thema ggf. zu einem anderen Zeitpunkt erneut aufzugreifen.
- Einladung der Beschwerde- und Ombudsstelle Niedersachsen BerNi e.V. zu einer der nächsten Fachbereichsversammlungen. Für weitere Informationen siehe <http://www.berni-ev.de/>
- junge Volljährige, Schwierigkeit beim Abschluss von Vereinbarungen. Hinweis auf ein Modellprojekt der Uni Hildesheim – nähere Thematisierung im Rahmen des Sprechergremiums Erziehungshilfe
- aktualisierter Themenspeicher (siehe Anlage)

Termine:

Mitgliederversammlung am 15.11.2014 in Hannover

Hannover, 18.10.2014

Kathrin Wagner
Fachberaterin